

## Attac-Frühjahrsratschlag 1.-3.4.2011 in Braunschweig

### Workshop: Gemeingüter: Demokratisieren statt Privatisieren!

Teilnehmerzahl: 18

Protokollantin: Laura Valentukeviciute, [laura.valentukeviciute@gemeingut.org](mailto:laura.valentukeviciute@gemeingut.org)

#### I. Fragen / Themen

1. Thema: Gemeingüter: was sind sie und warum ist es wichtig, sie unter der demokratischen Kontrolle zu behalten. Was bedeuten sie für die demokratische Struktur der Gesellschaft.

In der anschließenden Diskussion ging es um folgende Fragen:

- a) Warum ist es so schwer, die Menschen für die Demokratisierungs-/Rekommunalisierungsfragen zu mobilisieren?
- b) Warum konnte die Privatisierung so erfolgreich sein?

2. Thema: Was verstehen wir unter Gemeingüter? Wie nennen wir sie: Commons, Allmende oder doch Gemeingüter?

In der anschließenden Diskussion ging es um folgende Fragen:

- a) Was sind Gemeingüter?
- b) Was ist der Unterschied zw. Menschenrechten, Gemeingüter und Daseinsvorsorge?

3. Thema:

3.1. Gemeingüter auf drei Ebenen - Kommune, Land und Bund. Welche Gemeingüter sind genau darunter zu verstehen, wie werden sie verwaltet und finanziert?

3.2. Gemeingüter auf kommunaler Ebene

In der anschließenden Diskussion ging es um folgende Fragen:

- a) Welche konkrete Verwaltungs-/Rechtsform eignet sich für verschiedene Gemeingüter, bzw. für die kommunalen Dienstleistungen?

4. Thema:

Rekommunalisierung - in vielen Kommunen laufen bis 2014 Konzessionsverträge aus.

In der anschließenden Diskussion ging es um folgende Fragen:

- a) Warum es sinnvoll wäre, eine Kampagne zu den Konzessionsverträgen zu machen?

#### II. Positionen und Begründungen

Zu 1.

a) Vergesellschaftung und demokratische Kontrolle erfordert Einsatz von jedem einzelnen von uns. Die Menschen sind passiv und interessieren sich für die Demokratisierung nicht. Dafür gibt es mehrere Gründe: Viele von uns kennen keine gute öffentliche Verwaltung mehr, weil es schon länger schlecht läuft; obwohl die BürgerInnen MiteigentümerInnen von öffentlichen Betrieben sind, nehmen sie sich als solche nicht wahr und regen sich deswegen auch nicht auf. Arbeitsverdichtung spielt dabei auch eine wichtige Rolle.

b) Die BürgerInnen sind sehr unzufrieden mit der Art und Weise, wie die öffentlichen Betriebe verwaltet waren. Wir sollten deswegen nicht anstreben, die Lage von früher wieder herzustellen, sondern wir müssen uns Gedanken machen, wie es besser sein kann. Es geht darum, konkrete Vorschläge zu machen:

- qualifizierte Mitbestimmung der Fachleute, die im Betrieb arbeiten
- Verkürzung der Arbeitszeit

- in den Parlamenten müssen auch Fachleute, Menschen aus lokalen Gruppen und sozialen Bewegungen sitzen
- Verbesserung der Chancen für die Volksentscheide, z.B. Quorum verringern etc.

Zu 2.

a) „Gemeingüter“ ist ein politischer Begriff. Die Hauptaufgabe der Nutznießer der Gemeingüter besteht darin, gemeinsame Nutzungsregeln zu bestimmen. Gemeingüter sind kein Privateigentum und können auch nicht gewinnmaximierend verwaltet werden.

b) Alle Menschenrechte finden ihre Form in Gemeingütern, aber nicht alle Gemeingüter sind Menschenrechte. Daseinsvorsorge ist die Organisationsform dafür.

Zu 3.

Grundsätzlich gilt: Unterschiedliche Gemeingüter müssen auch unterschiedlich verwaltet werden. Kommunale Wasserbetriebe brauchen andere Umgangs- und Verwaltungsformen als freie Software im Internet usw.

Kommunale Aufgaben müssen in der Rechtsform verwaltet werden, die die gewünschte Transparenz und Mitbestimmung gewährleistet. Abhängig von deren Spezifika, können sie am besten in einem Eigenbetrieb oder evtl. in einer Genossenschaft verwaltet werden.

Genossenschaften werden allerdings aufgrund der Eigentumsverhältnisse kritisiert.

Zu 4.

Konzessionsverträge haben max. 20 Jahre Laufzeit und haben damit die Option inne, dass der Vertrag mit einem Privaten ohne Vertragsbruch, ohne Zahlungen für nicht eingenommene Gewinne o.ä. gekündigt werden können.

Die Übernahme der Konzessionen zurück in die öffentliche Hand, würde:

- die Konzerne entmachten
- Energiesouveränität und demokratische Mitbestimmung ermöglichen
- den Ausstieg aus der Atomenergie und anderen unökologischen Energiequellen ermöglichen
- höhere Energieeffizienz mit sich bringen, wegen Kraft-Wärme Kopplung
- für Kommunen keine neuen Schulden, sondern garantierte Einnahmen bedeuten.